

# Klein, aber zäh

**Wahljahr** Kleinparteien kommen und gehen in der Schweiz. Nur eine überlebt sie alle seit 100 Jahren. Was macht die Evangelische Volkspartei (EVP) anders und besser als die anderen?

**Markus Häfliger**

Der LdU ist untergegangen, die Autopartei, die Poch, die Republikanische Bewegung, die Schweizer Demokraten. Sogar der stolzen Liberalen Partei blieb am Ende nur noch die Fusion mit der FDP. Das Schweizer Wahlsystem mit seinen teilweise kleinen Wahlkreisen ist für Kleinparteien ein hartes Pflaster: Manche starten zwar kometenhaft, überleben aber bestenfalls ein paar Jahrzehnte. Alle ausser einer: Die Evangelische Volkspartei (EVP) feiert 2019 ihr 100-jähriges Bestehen. Am 9. März steigt der Jubiläumsakt mit Ignazio Cassis.

Dass sich die EVP den bundesrätlichen Festredner von der FDP ausborgen muss, ist symptomatisch für eine Partei, die es zwar seit 100 Jahren gibt, die aber ebenso lange klein blieb. Drei Nationalräte stellte sie in ihren besten Zeiten, derzeit sind es zwei: Marianne Streiff (BE) und Nik Gugger (ZH). Seit den 1970er-Jahren schwankt ihr Wähleranteil relativ stabil um zwei Prozent. Diese Konstanz über sehr lange Zeit ist das, was die EVP als einzige Kleinpartei schafft.

## Anders als die CVP

Als 30 evangelische Männer am 8. März 1919 im «Roten Haus» in Brugg beschlossen, eine christliche Partei zu gründen, schufen sie ein reformiertes Pendant zur katholischen CVP. Ihr Ziel: die Gesellschaft mit christlich-biblischen Werten zu prägen. Seither entwickelten sich die beiden Parteien aber sehr ungleich: Während die CVP rund die Hälfte ihres Elektorats verlor, blieb die EVP auf tiefem Niveau stabil.

Die Gründe liegen in der unterschiedlichen Geschichte der zwei Parteien: Die CVP vertrat früher mehr oder weniger die ganze katholische Schweiz. In den reformierten Gegenden hingegen habe «sich die Wählerschaft schon im 19. Jahrhundert nach der sozialen Herkunft auf verschiedene Parteien aufgesplittert, namentlich auf FDP und SP», sagt der Politologe Michael Hermann. Darum sprach die EVP



Seine Wahl war ein Marketing-Coup für die EVP: Pfarrer Ernst Sieber (1927–2018) vertrat die Partei von 1991 bis 1995 im Nationalrat. Foto: Keystone

– anders die CVP – von Beginn weg nur den harten Kern der Protestanten an. Dieser Kern hat auch die Säkularisierung überdauert.

Heiner Studer, der frühere Parteipräsident, sieht noch eine weitere Erklärung für die Langlebigkeit der EVP. «Wer bloss Karriere machen und ein politisches Ämtli ergattern will, für den ist die EVP wegen ihrer Grösse nicht interessant.» In der EVP

würden sich vor allem Leute engagieren, die aus einer inneren, oft religiösen Motivation heraus etwas bewirken wollten.

Zu Beginn rekrutierte die EVP ihre Leute vorwiegend in evangelischen Landeskirchen und der Evangelisch-methodistischen Kirche. In den letzten Jahrzehnten verschoben sich die Gewichte hin zu den Freikirchen. Heute, so schätzt man in der Parteiführung, halten sich Landes- und

Freikirchen-Leute unter den Parteimitgliedern und Wählern ungefähr die Waage.

Der äussere Auslöser zur Parteigründung war 1919 die Einführung der Proporzwahl. Erst der Proporz erlaubte es kleinen Parteien, an Sitze im Nationalrat auch nur zu denken. Schon wenige Monate nach der Gründung gewann die EVP im Kanton Zürich ihr erstes Nationalratsmandat. Der inhaltliche Auslöser für

die Parteigründung war die Spaltung der Gesellschaft im Ersten Weltkrieg. «Die Parteigründer wollten die schweren Spannungen zwischen Bürgertum und Arbeitnehmerschaft sowie zwischen Kapitalismus und Kommunismus überwinden», sagt Heiner Studer.

## Für Umverteilung

Wenn die Partei auch klein blieb, so konnte sie doch mehrmals politische Erfolge feiern. Der frühere Nationalrat Paul Zigerli war nach dem Zweiten Weltkrieg einer der Väter des Gewässerschutzes in der Schweiz. Heiner Studer selber erreichte als Nationalrat die Abschaffung der Wissensprüfung für Zivildienstleistende.

Ein Marketing-Coup war 1991 die Wahl von Ernst Sieber in den Nationalrat. So wie der Zürcher Obdachlosenpfarrer stellten sich schon die EVP-Gründer auf die Seite des kleinen Mannes und der kleinen Frau. Das erste Parteiprogramm verfasste 1921 der

Basler Geschichtsforscher Hermann Bächtold. Die 26 Forderungen, die er für die EVP formulierte, waren für die damalige Zeit radikal: für die Gründung einer AHV; für eine Umverteilung der Vermögen durch eine hohe Erbschaftssteuer; gegen das «Übel der Steuerhinterziehung unter dem Deckmantel des Bankheimnisses». Dieser Einsatz für sozialen Ausgleich prägt die EVP bis heute. Die Erbschaftssteuer auf Bundesebene versuchte sie 90 Jahre nach ihrer Gründung schliesslich per Volksinitiative einzuführen, doch 2015 sagte das Volk Nein.

In der Gesellschaftspolitik vertritt die EVP konservative Positionen: 2002 beteiligte sie sich am Referendum gegen die Fristenregelung, 2016 wehrte sie sich vergeblich gegen die Präimplantationsdiagnostik, und aktuell ringt sie mit der Frage, ob und wie weit die Ehe für Homosexuelle geöffnet werden soll. Wirtschafts-, sozial- und umweltpolitisch links, gesellschaftspolitisch konservativ: Diese Positionierung verschafft der EVP ein einzigartiges Profil.

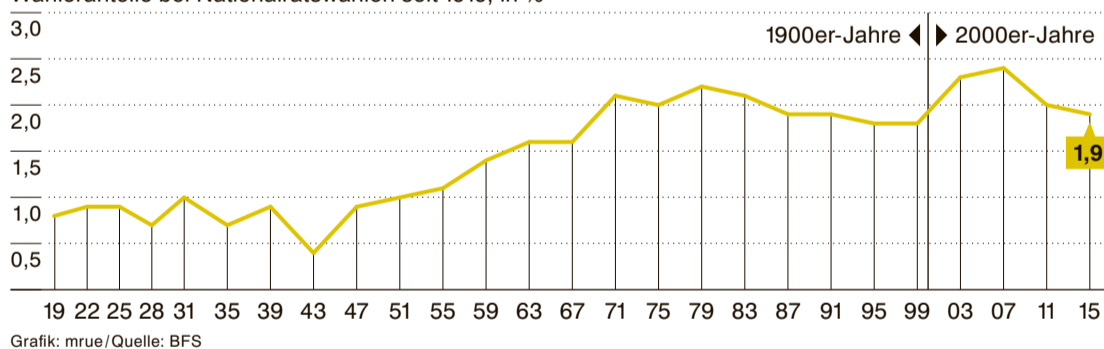
## Unheilige Allianzen

Weil sie trotzdem nie die für eine eigene Fraktion nötigen fünf Sitze errang, ging die EVP im Bundeshaus immer wieder abenteuerliche Allianzen ein. Mal bildete sie im Nationalrat mit den Demokraten eine Fraktionsgemeinschaft, mal mit den Liberalen, mal mit der EDU. Derzeit gehen ihre beiden Nationalräte in der 43-köpfigen CVP-Fraktion unter, was der Profilierung der Partei abträglich ist.

Für den Wahlherbst 2019 setzt sich die Partei nun wieder einmal das Ziel, ihre Vertretung auszubauen und in einem dritten Kanton ein Mandat zu gewinnen. Am ehesten möglich scheint eine Rückeroberung des Aargauer Sitzes. Doch dafür bräuchte es optimale Listenverbindungen – und viel Proporzglück. Immerhin: An der Ausdauer sollte ein allfälliger Wahlerfolg bei der langlebigsten Kleinpartei der Geschichte nicht scheitern.

## Entwicklung Wähleranteile der EVP

Wähleranteile bei Nationalratswahlen seit 1919, in %



Grafik: mruue/Quelle: BFS

# In der Waadt steht sich die FDP selbst im Weg

**Politik** FDP und SVP wollen in der Waadtländer Regierung die bürgerliche Mehrheit zurückerobern. Doch der Freisinn hat Probleme.

Es ist eine grosse Lücke, die sich in der Waadtländer Regierung auftut. SP-Regierungsrat Pierre-Yves Maillard übernimmt beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund das Präsidium. Am 17. März entscheidet das Volk im ersten Wahlgang über seine Nachfolge. Den bürgerlichen Alliierten FDP und SVP böte sich die Chance, ihre 2011 verlorene Mehrheit in der Regierung zurückzugewinnen.

Doch statt sich mit voller Energie in den Wahlkampf zu geben, ist die FDP Waadt vornehmlich mit sich selbst beschäftigt. Der Parteivorstand um Präsident Marc-Olivier Buffat musste realisieren, dass sich seine Wahlstrategien in Luft auflösten. Sein Plan war, dass zusammen mit Maillard auch ein FDP-Regierungsrat zurücktritt. Damit wäre eine Doppelvakanz entstanden. FDP und

SVP hätten je einen Kandidaten portieren und Maillards Sitz angreifen können. Also führte Buffat mit seinen Regierungsräten Einzelgespräche. Und auch die Parteileitung machte Druck. Sie sprach sich zweimal einstimmig für den Rücktritt eines ihrer Regierungsmitglieder aus.

## De Quattro, Leuba, Broulis

Doch es brachte alles nichts. Keiner der FDP-Staatsräte Pascal Broulis, Philippe Leuba und Jacqueline De Quattro wollte vorzeitig zurücktreten, obschon Broulis seit 2002 und Leuba und De Quattro seit 2007 im Amt sind. In der Parteileitung wurde indes das zweimalige Ja zur Frage «Muss ein Regierungsrat zurücktreten?» als klare Rücktrittsaufforderung an De Quattro verstanden. Die Direktorin für Umwelt

und Raumplanung hatte schon 2017 verkündet, im Herbst 2019 für den Nationalrat zu kandidieren. Einzelne Freisinnige finden, sie solle vorzeitig gehen.

Doch De Quattro kann sich nicht sicher sein, ins Bundeshaus gewählt zu werden. Verpasst sie die Wahl, will sie die Legislatur beenden. Buffat bestreitet indes vehement, dass er De Quattro aus der Regierung putzen wollte. Auch Broulis und Leuba gelten als Rücktrittskandidaten. Broulis ist nach den 2018 aufgedeckten Affären um sein Steuerelement und den Russlandreisen parteiintern nicht mehr unumstritten.

Über Leuba heisst es beim Freisinn, seine Parteibeiträge von jährlich 7500 Franken seien über längere Zeit offen geblieben, und er habe Steuerrückstände gehabt.

Sein Umfeld habe mit Geld ausgeholfen. Damit konfrontiert, sagt Leuba: «Meine Jahresbeiträge und meine Steuern sind bezahlt. Die Parteibeiträge habe ich selbst bezahlt. Niemand bezahlt die Steuern für mich.» Auf Nachfrage präzisiert Leuba, er sei im ersten Semester 2018 bei Zahlungen an die Partei im Verzug gewesen. Die Partei habe ihn daran erinnert, worauf er den ausstehenden Betrag – «einige Tausend Franken» gemäss Leuba – und den Pflichtbetrag fürs laufende Jahr überwies. «Geldprobleme» habe er aber nie gehabt. Zu offenen Steuerrechnungen in der Vergangenheit äusserte er sich nicht.

Die Ersatzwahl Maillard findet nun definitiv ohne einen FDP-Kandidaten statt. Stattdessen unterstützt der Freisinn den SVP-Kandidaten Pascal Dessauges.

Doch der gelernte Landwirt, ehemalige Militäroberst und Präfekt aus dem Distrikt Gros-de-Vaud gilt als politisches Leichtgewicht. Regierungserfahrung sammelte er einzig als Präsident der Landgemeinde Naz. Der 54-Jährige wird sich in einem Zweikampf gegen die 37-jährige SP-Nationalrätin Rebecca Ruiz durchsetzen müssen. Die Kriminologin hat zwar keine Exekutiverfahrung, wirkt in ihren Auftritten aber dynamischer als der Präfekt.

Eines ist sicher: FDP-Regierungsrat Pascal Broulis wird sich vehement dafür einsetzen, dass der SVP-Kandidat gewählt wird und die Bürgerlichen in der Regierung wieder das Sagen haben. Denn Broulis dürfte nach wie vor Ambitionen haben, Präsident der Waadtländer Kantonalbank zu werden. Weil in der Waadt die

Kantonsregierung den Kantonalbankpräsidenten ernannt, ist Broulis auf eine bürgerliche Mehrheit in der Regierung angewiesen. Recherchen zeigen: Broulis wollte der Regierung nach seiner fulminanten Wiederwahl 2017 das Versprechen abringen, ihn bei nächster Gelegenheit als Bankpräsidenten zu wählen. Als solcher dürfte er pro Jahr und bei idealem Geschäftsgang bis zu eine Million Franken verdienen. Doch Broulis lief intern auf. Ein Wahlversprechen wollten ihm die Regierungskollegen nicht abgeben. Zuvor hatte das Gremium schon seinen Antrag verworfen, ihn wieder als Regierungspräsidenten einzusetzen. Diesen Posten hatte er von 2007 bis 2012 inne.

**Philippe Reichen**, Lausanne